

# Stimmen der Weltpresse

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **34 (1954-1955)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-160339>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## STIMMEN DER WELTPRESSE

*Bundeskanzler Adenauer* schildert in seinem fesselnden Artikel *Worum es für Deutschland geht* (*Bonner Hefte*, Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, 1. Novemberheft, Nr. 21) zunächst die nach der Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung entstandene Situation. «Es bestand die Gefahr, so fühlte ich, daß die Amerikaner sich nunmehr von Europa abwenden würden, nachdem sie so unendlich viel an geistiger und materieller Kraft aufgewendet hatten, um Europa zu einigen, ihm Wohlfahrt, Frieden und Freiheit zu sichern. In Europa selbst breiteten sich Enttäuschung und Verwirrung aus. Sie ließen die Feinde der Freiheit hoffen, daß sie ihr Ziel erreichen könnten. Aber die allgemeine Erkenntnis, daß die Grundlage für die Existenz der freien Völker ins Wanken geraten war, hat auch die Gegenkräfte mobilisiert.» Der Autor unterstreicht sodann das historische Verdienst der USA und Englands, dank denen die Krise der freien Welt «in einer atemberaubenden kurzen Zeit» überwunden werden konnte. Die Wahlen des letzten Jahres hatten die politische Auffassung in Deutschland klar erkennen lassen. Die Hoffnungen «beruhten auf der Verwirklichung einer Politik der Solidarität der freien Nationen», die nun endlich eintreten mußte. «Es gilt nun, die Vereinbarungen mit Leben zu erfüllen.» Der Aufbau dieser Organisation soll Deutschland befähigen, die kommenden schwierigen Pläne zu meistern. Adenauer warnt vor Illusionen und erläutert die Schwierigkeiten der Entspannung gegenüber der kommunistisch beherrschten Welt am Beispiel des Wahlbetruges in der deutschen Sowjetzone vom 17. Oktober 1954. «Wer für den Frieden ist, kann seinen Stimmzettel sofort und offen in die Urne stecken, wer dagegen ist, kann die Wahlzettel benutzen», so hieß es in allen Wahllokalen, nachdem die Identität jedes einzelnen Wählers zweimal kontrolliert

und in Listen vermerkt worden war.» — Die wirklichen Zustände in diesem Landesteil hat der Juniaufstand des letzten Jahres aufgedeckt. Die Auswertung des Strokes von über 17 000 Flüchtlingen allein im September 1954 — 61,6% waren berufstätig — ergab, daß die Gründe der Flucht vorwiegend politischer Natur waren. «Das Ganze ereignet sich an der Demarkationslinie der ‚friedlichen Koexistenz‘.» Adenauer ist von der Notwendigkeit einer ständigen Bemühung um die Normalisierung des Verhältnisses mit dem Ostblock überzeugt. «Aber wir wissen auch, daß äußerste Vorsicht und Wachsamkeit geboten sind.» Der Autor weist sodann das Bestreben Moskaus nach, das Interesse der USA an den europäischen Fragen zum Erliegen zu bringen und die atlantischen Einflüsse auf europäische Angelegenheiten auszuschalten. «Die Sowjetunion möchte ein System der kollektiven Sicherheit in Europa einrichten, in dem sie selbst eine eindeutig beherrschende Rolle spielt.» — Das gefährliche Halbdunkel der sowjetischen Politik wird am Beispiel ihrer Behauptung beleuchtet, das Vorhandensein einer stark bewaffneten Gruppierung in Osteuropa sei völlig haltlos. Endlich zeigen die Vorgänge bei den jüngsten Wahlen, was die Sowjets unter freien Wahlen verstehen. Abschließend gibt Adenauer in eindrucksvoller Form die Summe seiner Erfahrungen wieder: Der Zusammenschluß der westlichen Völker zu gemeinsamer Verteidigung, stabile wirtschaftliche Verhältnisse und Ausstattung des Zusammenschlusses mit allen notwendigen Elementen eines Systems kollektiver Sicherheit müssen erfolgt sein, bevor diese Völker als regionale Gruppe «in eine vertraglich zu regelnde Beziehung zum Ostblock treten, die allen Beteiligten Sicherheit vor einer Aggression bietet». Die von der sowjetischen Führung als vornehmstes Ziel gepriesene Entspannung kann aber nicht eintreten, solange Moskau mit dem

Versuch fortführt, «ganze Völker und Völkerteile gegen ihren ausgesprochenen Willen mit Gewalt zu bolschewisieren».

In seinem Artikel *Für und wider das Saar-Abkommen* untersucht *Otto B. Roegele*, Chefredaktor der Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* (Nr. 45) in ruhiger und sachlicher Weise das pro und kontra und schreibt abschließend: «... das Statut bringt einen unverkennbaren Fortschritt, es bringt Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland, es erleichtert das Leben der Menschen an der Saar, und es verschließt keine Tür, die zu einer besseren Endlösung führen könnte. Wer wollte unter diesen Umständen die Verantwortung für eine Ablehnung auf sich nehmen — um so mehr, als es sich beim Saar-Abkommen um einen wesentlichen Bestandteil des Pariser Vertragssystems handelt, das nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden kann?» — Aus diesem Grunde sagt auch *Lorenz Stucki* in seinem Leitartikel *Adenauer in Nöten* in der *Weltwoche* (Nr. 1095): «Was für ein Geist spricht aus den Parteien und Politikern, die heute gegen Adenauer der Saarfrage wegen Zetermordio schreien? Oder wenn es nur der Wählerfängerei wegen geschieht: was für einen Geist vermuten sie im heutigen deutschen Volk? Was ist es für ein Geist, der die Solidarität des Westens, welcher die Bundesrepublik ihre ganze heutige Stellung verdankt, verraten will um der sehr vagen Aussicht willen, einer Wiedervereinigung näherzukommen, die ohne Deckung durch jene westliche Solidarität höchst fragwürdig und gefährlich — made in USSR — wäre!»

*A. E. Sokol*, Leiter der Abteilung für Asienkunde und Slawistik an der Stanford-Universität, Stanford, Kalifornien, veröffentlichte unter dem Titel *The Soviets' War Potential* in der Zeitschrift *Military Review* (Fort Leavenworth, Kansas, Dezember 1953) sehr interessante Ausführungen, die hier auszugsweise wiedergegeben werden: Die geographische Lage der Sowjetunion gibt ihr innerhalb des weiten eurasischen

Raumes eine beherrschende Position und eine sehr günstige Ausgangsposition für die Unterwerfung des gesamten Doppelkontinentes. Dagegen wirkt sich der Verlauf der Seegrenzen überaus hemmend auf jeden Versuch aus, eine starke Flottenmacht zu schaffen. Die Härte des russischen Winter begünstigt die Verteidigung. Die gewaltige Weite des Raumes ermöglicht es, durch Ausweichen ins Innere die Kampfkraft eines Gegners zu reduzieren und seine rückwärtigen Verbindungen gefährlich zu verlängern. Andererseits bietet die Weite des Raumes ernstliche Nachteile auf dem Gebiet des Transportwesens, das wohl den schlimmsten Engpaß des sowjetischen Kriegspotentials bildet. Die Kollektivisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft hat vielfach einen Rückgang der Ernteerträge zur Folge gehabt, und oft ergeben sich bedenkliche Versorgungslücken. Die Sowjetunion verfügt im allgemeinen über reiche Rohstoffvorkommen, doch könnte die Versorgung mit Rohöl leicht ins Stocken geraten. Die Produktion beträgt nur einen Bruchteil der Erdölförderung der USA und wird überwiegend für militärische Zwecke verwendet. Die Industriekapazität der Sowjetunion darf nicht unterschätzt, ihre Industrieproduktion keinesfalls als rückständig bezeichnet werden. Wenn die Stahlproduktion der USA 4- bis 5mal größer ist als diejenige Rußlands, steht doch zweifellos fest, daß die Sowjets genügend Stahl produzieren, um einen langen Krieg führen zu können. Dagegen halten der Facharbeitermangel und der relativ niedrige Stand der Mechanisierung und Elektrifizierung in der Industrie die Produktivität auf einem sehr niedrigen Niveau fest. Entscheidend ist aber, daß die Produktionskapazität, das technische Fachwissen und die wissenschaftlichen Kenntnisse der Sowjets durchaus genügen, um einen Krieg zu führen. Nur sorgfältige Planung und Vorbereitung kann den USA helfen, ihren gegenwärtigen Vorsprung zu bewahren, und auch nur dann, wenn es gelingt, Westeuropa, zumal Westdeutschland, vor der Einbeziehung in den Sowjetblock zu schützen.

Die sowjetische Industrie ist zum größten Teil auf einige ziemlich eng begrenzte Gebiete konzentriert. Dies macht sie für Angriffe von Bomberverbänden sehr verwundbar. — Auf politischem Gebiet gewähren die zentrale Kontrolle des Herzlandes und der Satellitenstaaten sowie das Fehlen jeglicher Opposition der Sowjetdiktatur bestimmte Vorteile in Fragen der Kriegsvorbereitung und der Kriegführung. Die lange Abgeschlossenheit führt dazu, die Verhältnisse im Ausland in einer schiefen Perspektive zu sehen. Dies ist um so bedrohlicher, als bei einer Diktatur so ungeheuer viel von der Entscheidung eines einzelnen Mannes oder einer kleinen Personengruppe abhängt. Die auf die Spitze getriebene Zentralisierung und Bürokratenherrschaft dürften sich unter Umständen für die Kriegsanstrengungen sehr nachteilig auswirken. Andererseits muß man vor gefährlichen Selbsttäuschungen auf der Hut sein, wenn man auf die Unzufriedenheit der Sowjetbevölkerung baut. Die vielen Anhänger der kommunistischen Ideologie im Westen bilden für die Sowjets eine einsatzfreudige, opferbereite und wohldisziplinierte Fünfte Kolonne inmitten des gegnerischen Lagers. — Auf militärischem Gebiet ist der anerkannt hohe Kampfwert des Sowjetsoldaten festzustellen. Der Berufsoffizier rangiert hoch oben auf der sozialen Stufenleiter. Sein Standesethos ist hoch, und er liebt das Soldatenhandwerk. Auf der andern Seite mangelt ihm häufig die Initiative, und ohne Befehle verliert er leicht den inneren Halt. Die buchstabengetreue Ausführung der Anordnungen bewirkt eine gewisse Starrheit der Roten Armee. Vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet sind die Sowjets ebensogut imstande, einen großen Krieg zu führen, wie die USA. Der Koreakrieg hat den Beweis erbracht, daß weder heute noch in naher Zukunft Kriege durch Geheimwaffen oder technische Neuerungen gewonnen werden. Kriege werden vielmehr gewonnen durch optimale Koordination der herkömmlichen Waffen und Streitkräfte mit allen andern Formen nationaler Energieentfaltung. — Die russische Armee, der Flotte und Luft-

waffe mehr oder weniger untergeordnet sind, dürfte eine Friedensstärke von etwa 3 Mio Mann in 175—200 Divisionen umfassen. Im Kriegsfall könnten wahrscheinlich bis zu 500 Divisionen mobilisiert werden. Etwa 140 Divisionen vom halben Kampfwert einer westlichen Division sind entlang der Westgrenze stationiert. Europa könnte daher mit 70 Divisionen verteidigt werden, wozu noch 10—20 Divisionen nötig wären als Gegengewicht gegen die Satellitenarmeen. Das also wäre das Minimum der Friedensstärke einer Europaarmee. Die beste Verteidigungsmöglichkeit gegen die russische «Dampfwalze» bieten Operationen mit einer verhältnismäßig kleinen, aber sehr wendigen Streitmacht, die mit Unterstützung von Seestreitkräften bei jeder Gelegenheit das Überraschungsmoment ausnützt. Besonders im Hinblick auf die zahlenmäßige Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Satelliten wäre dies wahrscheinlich die einzige Abwehrchance des Westens. — Die russische Flotte kann nicht als ernsthafte Gefahr für den Westen angesehen werden; doch sind die Gefahren nicht zu unterschätzen, welche die russischen Unterseeboote und das erwiesene Geschick der Russen bei der Küstenverteidigung darstellen. Die Luftstreitkräfte der Sowjetunion sind für die Unterstützung der Bodentruppen, die Verteidigung gegen Luftlandeunternehmen und für Transportaufgaben gut gerüstet. Quantitativ und teilweise auch qualitativ sind sie denjenigen des Westens überlegen und haben Aussicht, diese Überlegenheit für längere Zeit zu behalten. Die Sowjets haben nunmehr auch mit der Aufstellung strategischer Bombengeschwader begonnen und sind heute in der Lage, Atombombenangriffe auf amerikanische Städte durchzuführen. Es wird langer und schwerer Arbeit bedürfen, eine wesentliche amerikanische Luftüberlegenheit über die Sowjets herzustellen. Zusammenfassend scheinen die Sowjets weit bessere Siegeschancen in einem Verteidigungskrieg zu besitzen als in einem Angriffskrieg. Sie scheinen für einen kurzen Krieg besser gerüstet als für einen langen. Die wichtigste Er-

kenntnis dieses Überblicks besteht darin, daß die USA unter allen Umständen die Sowjets daran hindern müssen, den eurasischen Kontinent in raschem Siegeszug zu überwältigen. Dazu ist die Verteidigungskraft der Freunde und Alliierten der USA so zu stärken, daß die Sowjets entweder von einem Angriff abgeschreckt, oder zum mindesten der Möglichkeit eines schnellen Triumphes beraubt werden.

Ergänzend erwähnen wir einige Angaben des Artikels *The U.S.S.R.: War Preparations go Ahead*, die in der Novembernummer des stets sehr gut orientierten *Intelligence Digest* (London) publiziert sind: Die Wahl des Marschalls Schukow in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an Stelle von Beria ist ein persönlicher Triumph Malenkows und seiner Politik, die Marschall Schukow in der Armee maßgebend vertritt, während Marschall Gworow die Politik Chruschtschews vertritt. Die Rote Armee ist nämlich durchaus kein politisch einheitliches Instrument. Die Ernennung Marschall Schukows hat möglicherweise ihre Auswirkungen auf die Auseinandersetzungen zwischen Malenkow und Chruschtschew. — In der zweiten Hälfte 1953 errichteten Rußland und Rotchina einen Atom-Pool, zu dessen Rat alle kommunistischen Länder, ausgenommen Albanien, gehören. Der mit großen Befugnissen ausgestattete Rat entschied, daß Atomreaktor-Anlagen nur in den strategisch sicheren Gebieten des innersten Rußland und in Sinkiang errichtet werden dürfen. In den europäischen Satellitenstaaten werden keinerlei atomische Reaktoranlagen errichtet. — Auf Grund der in Korea gemachten Erfahrungen sind neue Pläne für die Flugzeugproduktion ausgearbeitet worden. Die Herstellung von MIG-15 betrug im März 320 Apparate pro Monat, im August noch 190 Apparate, und soll spätestens im Februar 1955 eingestellt werden. Der MIG-15 soll ersetzt werden durch den YAK-25, der als schnellstes und bestbewaffnetes Kampfflugzeug der Welt betrachtet wird. Seine Stundengeschwindigkeit beträgt 1250 km. Als Standard-

Kampfflugzeug wurde der LA-16 mit 1100 km Stundengeschwindigkeit vor allem für den Schutz von Städten und Industriezentren bestimmt. Als neue Typen von Jagdbombern und taktischen Bombern wurden der TU-2 A mit zwei und der IL-16 mit vier Triebwerken gewählt. Der TU-10 wird vermutlich von Mitte 1955 an nur noch von den Satelliten verwendet. Als Standardbomber für strategische Aufgaben gilt immer noch der TU-72. Der amerikanische B-52 soll als russisches Gegenstück den neuen Molot mit einer Reichweite von 6700 km erhalten. Seine vier Triebwerke verbrauchen 25% weniger Betriebsstoff als der B-52.

*Indiens Premierminister Nehru* hat kurz nach seiner Rückkehr aus China eine programmatische Rede vor dem «National Development Council» in Delhi gehalten, in welcher er die Nützlichkeit des privaten Unternehmertums zwar anerkannte, aber dann wörtlich sagte: «Das Bild, das ich im Auge habe, ist endgültig und bestimmt das Bild einer sozialistischen Gesellschaft.» Zu diesen Ausführungen nimmt das weitestverbreitete Blatt des Landes, *The Times of India* (Nummer vom 11. 11. 1954), welches dem Großindustriellen Dalmia gehört, in dem Artikel *Nächste Etappe — Sozialismus?* Stellung. Die Zeitung weist darin einleitend auf Nehrus Brief an die Kongreßvorsitzenden hin, in welchem er seine Absicht, die Leitung der Partei niederzulegen, damit begründete, daß Indien eine wichtige Etappe seines Weges zurückgelegt habe, und die nächste vor ihm liege, für die er mit Energie und Schnelligkeit in größerer geistiger und körperlicher Frische zu arbeiten wünsche. Die Zeitung sagt dann: «Die ‚nächste Etappe‘ muß also nach Nehrus Ansicht ein rapider Schritt in Richtung auf den Sozialismus hin sein... Das ist eine außerordentlich wichtige Feststellung. Sie gibt eine neue und präzise Definition der Absichten der Regierung. Und sie bedeutet ein Abrücken von dem Begriff der ‚Gemischtwirtschaft‘ und den Übergang zum staatlichen Unternehmertum. Vielleicht war

dies die im Verborgenen gehaltene Einstellung der Regierung während der vergangenen Jahre. Aber eine so kategorische Erklärung war bisher niemals abgegeben worden.» Im weiteren Verlauf des Artikels heißt es: «Es erhebt sich sofort die Frage: Sind Nehrus Ansichten über die nächste Etappe nur seine eigenen, oder drücken sie die Meinungen eines größeren Kreises aus? Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn es besteht eine klare Scheidung auf der Linie Kongreß, Gewerkschaften, Regierung, Fünf-Jahr-Plan-Kommission. Es herrschte ein dauernder Streit während der gemischtwirtschaftlichen Periode zwischen der sozialistischen und der privatwirtschaftlichen Richtung. Im bisherigen Verlauf des ersten Fünf-Jahr-Plans bedeutete der Fortschritt einen Kompromiß beider Auffassungen. Die dominierende Persönlichkeit des Premierministers bildete stets den ausgleichenden Faktor. Aber Kompromiß hieß Untüchtigkeit, Unzufriedenheit und Verzögerung. Heute, am Vorabend des zweiten Fünf-Jahr-Plans, befindet sich das Land am Kreuzweg. Es muß eine Entscheidung treffen. Nehru hat sich offenbar entschieden — für den Sozialismus. Aber wie steht es mit den übrigen Mitgliedern der Regierung und, was noch wichtiger ist, was ist die Ansicht des Kongresses?» — In der gleichen Aus-

gabe der Zeitung wird ein Interview mit *Shroff*, dem Finanzexperten des beinahe allumfassenden *Tatakonzerns* veröffentlicht. Diese Gruppe hat kürzlich mit dem seit hundert Jahren in Indien niedergelassenen schweizerischen Haus *Volkart* in einer neu gegründeten Gesellschaft die Mehrheit der Aktien übernommen. *Shroff* ist gerade von einer Reise nach Europa und Amerika zurückgekehrt. «Er fand», so berichtet die Zeitung, «zum ersten Male während seiner häufigen Besuche westlicher Länder seit Kriegsende eine Art von Enthusiasmus bei Fabrikanten und Finanzleuten in bezug auf industrielle Möglichkeiten in Indien vor. Als Beweis dafür kann die Tatsache gelten, daß Finanzleute in den USA und in England sich verpflichtet haben, dreißig Prozent der geplanten ‚Industrial Credit and Investment Corporation‘ zu zeichnen.» *Shroff* kam in dem Interview zu folgendem Schluß: «Das ist vielversprechend, und wenn in dem zweiten Fünf-Jahr-Plan, wie es heißt, der Industrialisierung ein stärker vorherrschender Platz als im ersten Plan gegeben werden soll, so zweifle er nicht daran, daß größere Summen von ausländischer Hilfe aufgebracht werden würden, um das gesteckte Ziel zu erreichen.» *Shroff* hatte bei diesem Interview offenbar noch nichts von Nehrus Rede gehört.